Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(12.3.1979) Drucksache 9/548

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 548 S
12. 03. 79

Mitteilung des Senats

Schneeräumung in Bremen

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 1. Februar 1979 den Senat gebeten, einen Bericht über Schwierigkeiten bei der Schneeräumung in Bremen vorzulegen.

Der Senat legt den erbetenen Bericht vor und bittet die Stadtbürgerschaft um Kenntnisnahme.

Bericht

Schneeräumung in Bremen

Nachfolgend gibt der Senat einen umfassenden Bericht über die Schneeräumung in Bremen. Er behandelt den personellen und sächlichen Einsatz und Bedarf (A), den Ablauf des Einsatzes (B), eine Darstellung der erzielten Ergebnisse (C) und die Schlußfolgerungen und weiteren Einsatzmöglichkeiten (D).

Damit werden auch die Fragen des Antrages der Fraktion der CDU beantwortet.

A. Einsatz und Bedarf

Das Straßennetz der Stadtgemeinde Bremen umfaßt ca. 1 216 km sowie zusätzlich eine Vielzahl von Plätzen, die ebenfalls nach Bedarf von Schnee und Eis zu räumen sind.

Das Straßennetz gliedert sich in:

a) Hauptverkehrsstraßen	69 km
b) Verkehrsstraßen	174 km
c) Wohnsammelstraßen	214 km
d) Nebenstraßen/Wohnstraßen	759 km
	1 216 km

Die Fahrbahnen dieses Verkehrsnetzes werden in der dargestellten Reihenfolge und dem Zustand entsprechend vom Winterdienst erfaßt. **Wobei 240 km Fahrwege des Öffentlichen Personennahverkehrs die 1. Priorität haben.** Daneben sind Fußwege, Radwege und Plätze den gesetzlichen und sonstigen Erfordernissen entsprechend zu räumen bzw. zu streuen.

Seit Ende Dezember 1978 bis Ende Februar 1979 wurden durch den Winterdienst in der Stadtgemeinde Bremen folgende Personal-, Geräte- und Streugutkosten verursacht:

(Die Kosten für vorhandenes Personal und Gerät sind hier enthalten).

Kosten für den Personaleinsatz	ca. 3,40 Mio DM
Kosten für amtseigene Geräte und Fahrzeuge	ca. 1,20 Mio DM
Kosten für Streugut	ca. 1,35 Mio DM
Kosten für Firmen-Personal und Geräte	ca. 1,40 Mio DM
	ca. 7,35 Mio DM

Zusätzlich wurden Personal und Geräte anderer Institutionen wie z. B. der Bereitschaftspolizei, der Bundeswehr und der Einheiten des Katastrophenschutzes zum Einsatz gebracht. Hierüber können noch keine Kostenangaben gemacht werden.

Für den Bereich Bauwesen ist damit zu rechnen, daß nach Abschluß des Winterdienstes 1978/1979 für ca. 2,5 Mio DM Nachbewilligungsanträge gestellt werden müssen.

B. Ablauf des Einsatzes

1. Maßnahmen zur Bekämpfung des Schnees nach Silvester

Die Räumungsmaßnahmen setzten noch am Silvesterabend ein. In den nachfolgenden Tagen waren alle für die Schneeräumung zuständigen Stellen damit beschäftigt, den Schnee von den Straßen und Wegen zu räumen. Unverzüglich wurde vom Senator für das Bauwesen eine Lagekonferenz einberufen, in der die Koordinierung des Einsatzes der verschiedenen zuständigen Stellen verabredet wurde. Die Lagekonferenz hielt es zu dem Zeitpunkt für ausreichend, einen Koordinator in der Person des Leiters des Amtes für Stadtentwässerung und Stadtreinigung zu bestimmen. So gelang es auch tatsächlich, die Schwierigkeiten mit Schnee und Glatteis zügig zu beseitigen.

Erst das beträchtliche Ausmaß des folgenden Schneeunwetters machte dann eine weitere Konzentration der Maßnahmen in Form einer Einsatzzentrale erforderlich.

2. Einsatzzentrale zur Koordinierung aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Schnee- und Kältewetters im Februar

Der Senator für das Bauwesen ergriff nach Einsetzen erneuter starker Schneefälle in Absprache mit dem Innensenator die Initiative, um den Folgen der Schneeunwetter koordiniert und gezielt begegnen zu können.

Der Senator für das Bauwesen erließ folgende Anordnung:

„Es wird eine mir unmittelbar unterstehende Einsatzzentrale zur Koordinierung aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Schnee- und Kälteunwetters gebildet . . .

Alle dem Senator für das Bauwesen unterstehenden Stellen haben den in meinem Auftrag erfolgenden Anordnungen des Leiters der Einsatzzentrale oder seines diensthabenden Vertreters Folge zu leisten.

Alle öffentlichen und privaten Organisationen und Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar Hilfe leisten können, werden gebeten, den Hilfeersuchen der Einsatzzentrale zu folgen bzw. selber zu initiierende größere Einsätze mit der Einsatzzentrale abzusprechen. Damit soll erreicht werden, daß alle Hilfskräfte und Hilfsmittel so rationell wie möglich und entsprechend den übergeordneten Notwendigkeiten eingesetzt werden können."

Mit diesem Aufruf sollte für sämtliche bremische Landes- und Bundesbehörden, für sämtliche Ämter des Senators für das Bauwesen sowie für alle Organisationen, die mit eigenen Kräften selbständig Hilfe leisten (wie z. B. Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, Feuerwehr, Bundeswehr und die Katastrophenschutzeinheiten), eine Art zentrale Anlaufstelle geschaffen werden. Die Einsatzzentrale war somit in engster Zusammenarbeit mit dem Einsatz- und Lagezentrum der Schutzpolizei ständig in der Lage, ein Gesamtbild der Situation (insbesondere Verkehrsbehinderungen) zu geben, selbständige Schneeräumeinsätze zu koordinieren, einen Überblick über alle Schneeräumkapazitäten zu haben und gezielt Blitzaktionen für besonders prekäre Fälle zu veranlassen und zu leiten. Eine Direktverbindung zu Radio Bremen sorgte vor allem auch an den Tagen, an denen keine Tageszeitungen erscheinen konnten, für eine präzise und umfassende Information der Öffentlichkeit.

So wurde erreicht, daß alle an den Schneeräumaktionen beteiligten Stellen schnell, unbürokratisch und kollegial zusammenarbeiteten und in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung blieben. Die Bereitschaftspolizei hat in unermüdlichem Einsatz die für die Straßenreinigung zuständigen Mitarbeiter wirkungsvoll entlastet. Dies geschah sowohl im Schneeinsatz als auch bei der schwierigen Aufgabe, die Müllabfuhr wieder in Gang zu bringen. Die Bereitschaftspolizei hat in Zusammenarbeit mit der Einsatzzentrale die Funkverbindung zu den einzelnen Einsatzstellen, so auch zu den Fahrzeugen und Geräten der Bundeswehr gehalten. Die Bundeswehr leistete spontan und unbürokratisch Hilfe und war zeitweilig mit 7 Großgeräten im Einsatz. Nur so konnten einige schwerwiegende Räumprobleme gelöst werden. Die Straßenbahn AG leistete mit all ihren Mitarbeitern Vorbildliches. Die Mitarbeiter verzichteten freiwillig auf Urlaub und leisteten dafür Überstunden und Nachtschichten, um insbesondere das Fahrnetz funktionsfähig zu

erhalten. Rund um die Uhr wurde auch in den Werkstätten und beim Gleisbau gearbeitet.

3. Schneeräumaktionen der städtischen Ämter

Die städtischen Ämter (allen voran das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung, aber auch: das Amt für Straßen- und Brückenbau in bestimmten Außenbezirken, das Gartenbauamt, das Bauamt Bremen-Nord und das Hafenbauamt) mit ihren umfangreichen Fachkenntnissen und langjährigen Erfahrungen bilden das Rückgrat aller Aktionen zum Schneeräumen „vor Ort". In unermüdlichem Einsatz haben die Bediensteten mit vielen Überstunden, verstärkt durch angemietete Kräfte, kontinuierlich und schwerpunktmäßig Schnee geräumt.

4. Aktion: Freiwillige zum Schneeschaufeln

Am Donnerstagnachmittag, dem 15. Februar, entschloß sich der Senator für das Bauwesen, über die „Einsatzzentrale" einen Einsatz Freiwilliger zum Schneeschaufeln zu organisieren. Nach Aufruf über Radio Bremen meldeten sich am nächsten Morgen um 9.00 Uhr über 1 300 Helfer bei den Ortsämtern und Ämtern für Beiratsangelegenheiten. Mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei und des Katastrophenschutzes wurden die Freiwilligen von den Ortsamtsleitern und Leitern der Ämter für Beiratsangelegenheiten in Gruppen an bestimmten Stellen eingesetzt und zwar vornehmlich dort, wo eigene und angemietete Räumfahrzeuge der staatlichen Stellen und Hilfsorganisationen nichts ausrichten konnten. So wurden Schulwege, Ver- und Entsorgungswege vom Schnee befreit; so konnte die private Schneeräumpflicht Kranken, Alten, Behinderten abgenommen werden; so konnten ÖPNV-Haltestellen funktionsfähig gemacht werden.

Diese Aktion wurde nach einigen anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten von allen Beteiligten, insbesondere von den vielen Jugendlichen mit Begeisterung aufgenommen. Als Auslagenersatz erhielten die Freiwilligen 20,— DM und ein warmes Mittagessen, deren Herstellung und Verteilung die Arbeiterwohlfahrt übernommen hatte.

Am Samstag, dem 17. Februar, organisierte und leitete der Senator für Inneres mit gutem Erfolg einen Sondereinsatz der Bereitschaftspolizei und des Katastrophenschutzes zur Unterstützung und Vervollständigung der Bürgeraktionen.

5. Aktion: Selbsthilfe der Bürger

Von der ersten Stunde der heftigen Schneefälle an organisierten viele Bürger selbständig mit und ohne Nachbarschaftshilfe Schneeräumaktionen in ihrem privaten und häuslichen Bereich. Diese Selbsthilfeaktionen wurden sicherlich auch angeregt durch Aufrufe der Einsatzzentrale über Radio Bremen und Tageszeitungen und durch die Aktion „Freiwillige zum Schneeschaufeln".

Am Sonnabendvormittag führte der Senator für das Bauwesen gemeinsam mit Radio Bremen eine Aktion „Bürger räumen die Fahrbahnen ihrer Straßen" durch. Es fanden sich zahlreiche Straßengemeinschaften, die dem Aufruf folgten. 16 von ihnen wurden mit einem Schild ausgezeichnet.

6. Aktion: Räumen der Nebenstraßen

Bei allen Aktionen konnten Nebenstraßen, da Prioritäten gesetzt werden mußten, erst zum Schluß geräumt werden. Sie wurden dabei so geräumt, daß in der Regel Ver- und Entsorgung mit leichten bis mittleren Behinderungen vonstatten gehen konnten. Viele Nebenstraßen waren nur einspurig befahrbar und ohne leichte Wendemöglichkeit. Deshalb wurde in der Woche vom 26. Februar bis 2. März verstärkt und konzentriert in den Nebenstraßen Schnee geräumt. Folgende Kapazitäts-, Kosten- und Prioritätsüberlegungen wurden dabei angestellt:

Zur Räumung des restlichen Schnees in den Nebenstraßen sind nach einer groben Schätzung erforderlich für ca. 2 000 Nebenstraßen:

— für das **Abfahren:** insgesamt ca. 30 000 Lastwagenladungen (10 m^3)

— für das **Aufladen:** ca. 1 000 Ladegeräte
an **Personal:** ca. 5 000 Mann
3 000 Lkw's mit 10 Fahrten
} Räumung in 1 Tag

An Kosten dürften entstehen:

in einer Größenordnung von 3 bis 3,5 Mio DM.

Im wesentlichen handelt es sich um ein **Transportproblem.**

An freien Kapazitäten kommen in Frage:

a) vertraglich an Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung und Bauamt Bremen-Nord und Amt für Straßen- und Brückenbau gebundene Firmen einschließlich eigener Kräfte mit einer Kapazität von:

   50 Ladeeinheiten (jeweils 3 Lkw, 1 Ladegerät und 5 Mann).

   Das würde bedeuten: ca. 20 Tage Abfuhr.

   Wegen der jetzt schon beginnenden milderen Witterung dürften diese aber schwer vollständig zu rekrutieren sein, da sie liegengebliebene öffentliche und private Bauaufträge weiter abwickeln müssen.

b) Traditionell für den Katastrophenschutzfall zur Verfügung stehende Kapazität:

   — Einheiten des Katastrophenschutzes
   — Bereitschaftspolizei
   — Bundeswehr

   (müssen aber bezahlt werden und stehen für Schneeräumaktionen nur begrenzt zur Verfügung).

Die zuständigen Fachdienststellen, darunter die Polizeireviere, stellten übereinstimmend fest:

eine Behinderung fahrender und parkender Pkw sowie von Fußgängern war schon nach wenigen Tagen nur noch in wenigen Fällen vorhanden.

Die Gefahr, daß Privatkeller durch plötzliches Tauwetter mit Wasser vollaufen, war und ist gering. Denn zum Vergleich: ca. 10 cm hoher Schnee bedeutet unter ungünstigen Umständen 0,5 bis 1 cm Wassersäule und natürlich auch dann nur, wenn der Tauvorgang schlagartig abläuft.

Alle öffentlich eingesetzten Kräfte und die Bevölkerung erhielten nochmals Hinweise:

— alle Gullys zu säubern,
— die Fließwege des Schnee/Wassers zu den Gullys,
  Gräben usw. zu säubern (keine Papierabfälle usw).

Ein Überquellen der öffentlichen Kanalisationen wurde und wird wegen der geringen Schneehöhe und des nur allmählichen Abtauens im wesentlichen nicht befürchtet.

Aus den vorstehend genannten Gründen wurden vom 26. Februar bis zum 2. März Schneeräumung und Schneeabfuhr in den Nebenstraßen in folgendem Rahmen durchgeführt:

Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung:

ca. 40 Lkw's, davon 37 angemietete,
ca. 20 Aufladegeräte, davon 18 angemietete,
ca. 200 Mann (nur mittwochs, sonst ca. 50 Mann)
Jeden Tag kosteten diese Einsätze ca. 30 000 DM zusätzlich.

Bauamt Bremen-Nord:

ca. 20 Mann
2 Lkw's und 1 Aufladegerät: angemietet

Amt für Straßen- und Brückenbau:

ca. 20 Mann (ASB)
3 Lkw's und 2 Unimog, davon 2 Lkw's angemietet
4 Radlader (2 angemietet)

Die Kosten für die letztgenannten Ämter belaufen sich auf 5 000 DM pro Einsatztag.

Diese Aktion wurde in Absprache mit den örtlichen Polizeirevieren durchgeführt, um einen Überblick zu bekommen und Prioritäten setzen zu können.

C. Ergebnisse und ihre Bewertung

Vor allem der Einsatzbereitschaft und der Disziplin weiter Teile der Bevölkerung ist es zu danken, daß die mit den starken Schneefällen und tiefen Tempera-

turen verbundenen Probleme alles in allem ohne Panik, reibungslos und zielgerichtet bewältigt werden konnten. Insbesondere dadurch hat der systematische, gut koordinierte Einsatz aller städtischen Behörden und Hilfsorganisationen sich auf seine Schwerpunkte konzentrieren können.

Der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Bussen konnte, wenn auch zeitweilig nicht fahrplanmäßig, bis auf kurzzeitige Unterbrechungen in Teilbereichen voll aufrechterhalten werden. Auch für den notwendigen Wirtschafts- und Versorgungsverkehr konnten die Behinderungen, notfalls durch gezielten Einzeleinsatz, behoben werden. Der sonstige Individualverkehr mußte nur an wenigen Tagen größere Behinderungen in Kauf nehmen, konnte aber überwiegend auf den intakten Öffentlichen Personennahverkehr zurückgreifen.

Dieser Bericht macht deutlich, daß den Schneeunbilden mit einem ungewöhnlich umfangreichen Einsatz an Menschen, Material und finanziellen Mitteln begegnet wurde, um Gefahren für Leib und Leben unserer Bürger abzuwehren und um möglichst rasch Notsituationen und außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden. Bei dem sehr erheblichen Kostenaufwand war, insbesondere bei der Frage der Freiräumung der Nebenstraßen, immer die Verhältnismäßigkeit der Mittel abzuwägen.

Schneeunwetter und Kälte, die wir in den ersten Monaten dieses Jahres erleben mußten, sind für norddeutsche Verhältnisse sehr ungewöhnlich. Daher kann nicht empfohlen werden, eine große Zahl zusätzlicher Schneeräumgeräte usw. anzuschaffen und ständig vorzuhalten und zu unterhalten.

In vielen unmittelbaren Kontakten, den zahlreiche städtische Helfer mit der Bevölkerung hatten, wurde der Eindruck gewonnen, daß offenbar der größte Teil der Bremer Bürger für diese Begrenzung der ständigen Einsatzbereitschaft von Maschinen Verständnis haben.

Eine mögliche Verbesserung der technischen Bedingungen über den Winterdienst, einschließlich der Streugutläger ist zur Zeit Gegenstand einer Untersuchung.

D. Schlußfolgerungen und weitere Einsatzmöglichkeiten

Aus den bisher in der Praxis gesammelten Erfahrungen läßt sich die Notwendigkeit für eine Novellierung des Bremischen Landesstraßengesetzes hinsichtlich des Winterdienstes nicht erkennen. Das Gesetz unterscheidet beim Winterdienst die Verpflichtungen nicht nach Behörden und Bevölkerung, sondern nach Sicherheitsanforderungen entsprechend den verschiedenen Verkehrsarten. Diese Sicherheitsanforderungen sind für Fahrbahnen von Straßen mit sehr geringer Verkehrsbedeutung soweit reduziert, daß hier auf einen Streudienst durch die Stadtgemeinde verzichtet werden kann.

Im Rahmen des Streudienstes für Fußwege an baumbestandenen oder begrünten Straßen, wo die Streusalzverwendung verboten ist, werden die Fachämter als Anlieger (städtische Grundstücke) genauso verpflichtet, wie private Anlieger.

Im übrigen schließt die derzeitige gesetzliche Regelung nicht aus, daß die für den Winterdienst auf Fahrbahnen verantwortliche Gemeinde dort auf Streusalz verzichtet, wo es aus Verkehrssicherheitsgründen nicht erforderlich und aus Umweltschutzgründen angezeigt ist.

Umweltschutzgründe stehen bei der Auswahl besser geeigneter und weniger schädlicher Streumittel im gesamten Bundesgebiet und auch in Bremen im Vordergrund. Die Fachämter sind weiterhin bemüht, neuere Erkenntnisse des In- und Auslandes zu verwenden. Wie aus der Antwort auf eine Anfrage des Bundestages (Februar 1979) hervorgeht, haben Versuche in der Schweiz und in Finnland, die Straßenglätte durch herkömmliche abstumpfende Mittel zu bekämpfen, leider nicht voll zum gewünschten Erfolg geführt.

In Bremen sollte verstärkt versucht werden, für Fahrbahnen, die nicht dem öffentlichen Personennahverkehr dienen, die Anforderungen an die Sicherheit soweit wie rechtlich möglich zurückzuschrauben. Dies bedingt aber für alle Verkehrsteilnehmer eine erhebliche Reduzierung der Ansprüche (sehr geringe Fahrgeschwindigkeit) und in Ausnahmefällen einen Verzicht auf die Benutzung des eigenen Fahrzeuges.

Abschließend kann festgestellt werden, daß sich sowohl die Organisationsformen bewährt als auch die zur Verfügung stehenden Kräfte (Personal, Maschinen, Material) als ausreichend erwiesen haben. Insbesondere die guten Erfahrungen mit der räumlichen Zusammenfassung von Einsatzzentrale und Lagezentrum, die die verschiedenen Einsätze lenken und zu denen alle Informationen zusammenlaufen, veranlassen dazu, hiervon in vergleichbaren Fällen auch in Zukunft Gebrauch zu machen. Damit kann nicht nur die Koordinierung aller Behörden, sondern auch die Anregung und Betreuung privater Initiativen optimal gestaltet und die Öffentlichkeit am besten informiert werden.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 349 S
(Neufassung)
14. 09. 79

Antrag der Fraktion der CDU

Unterricht in Vorklassen und Klassen von Sonderschulen
in Klassen 1 und 2 der Grundschulen

Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

1. Die vor 2(3) laufenden Anzahl von Vorklassen in der Stadtgemeinde Bremen soll nicht erhöht werden.
2. In allen Vorklassen soll grundsätzlich die gleiche Wochenstundenzahl wie Unterricht erteilt werden.
3. Freiwerdende Unterrichtsstunden in Vorklassen dürfen sich nicht auf die Lehrerversorgung der laufenden Grundschulklassen auswirken.

Dr. Kolling, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Hans Krohn, Bremen

BREM
Stadtb
9. Wahl